



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Sollten wir nicht ein bißchen Demokraten werden? Was ist doch Kroatien, was ist die Türkei für eine schöne Gegend! Dort spricht man doch noch — deutsch, hätten wir bald gesagt; Leute, die sich nicht leiden können, schlagen einander dort auf offener Straße die Schädel ein. Wir finden das weit hübscher und anständiger als die anonymen Verdächtigungen, Klatschereien und Hezereien in den Zeitungen, wie sie bei uns unter Gegnern Mode sind. Und noch dazu können das lebhaftes Temperament und die Aufrichtigkeit der Völklein, die da hinten — weit hinten ist heute nicht mehr — auf einander schlagen, die großen europäischen Fragen, die man feige zurückhält, in Fluß bringen, und das könnte dann vielleicht die erfreuliche Wirkung haben, daß die faulige Gährung, die man bei uns Politik nennt, noch einmal in einen gesunden Neubildungs- und Wachstumsprozeß umschlüge.

Wis dahin müssen wir uns eben behelfen. Wer es vor seinem Gewissen verantworten kann, der bleibt bei allen Parteikämpfen zu Hause und schimpft auf den Unsinn; wer sich aber für verpflichtet hält, Partei zu nehmen, der muß sich eben, wenn ihm seine Verhältnisse die freie Wahl gestatten, nach der Partei umsehen, die das Recht und die Vernunft auf ihrer Seite zu haben scheint, oder bei der wenigstens das Unrecht und die Unvernunft ein gewisses erträgliches Maß nicht überschreiten. Da ist uns nun neulich, im 41. Hefte, gesagt worden: nur um Gottes willen keine ständischen und keine Interessenvertretungen! Soll die Politik gesund bleiben, so müssen die beiden, Natur und Geisterwelt durchwaltenden Kräfte, die bindende, festigende, erhaltende und die befreiende, lösende, durch Veränderung fortbildende in den Parteien ihre Verkörperung finden. Damit ist aber unsern heutigen großen Parteien das Urteil gesprochen, da sie allesamt Interessenvertretungen sind in dem Grade, daß dort, wo — immer nur aus Klassen- oder Standesinteresse — einmal das eigentlich politische Element zur Geltung kommt, die Parteien sich keinen Augenblick bedenken, die durch ihre Parteinamen vorgeschriebnen Rollen zu vertauschen. Was giebt es heute veränderungsüchtigeres als unsre Konservativen, was reaktionärereres als unsre Nationalliberalen? Daß konservativ und liberal weder dem Wortsinne noch der Sache nach Gegensätze, diese üblich gewordenen Parteibezeichnungen daher so schlecht wie möglich gewählt sind, mag bei dieser Gelegenheit wieder einmal in Erinnerung gebracht werden. Wo giebt es also eine wirklich politische Partei?

Wir selbst haben eine Zeit lang die Ansicht vertreten, daß, da die politischen Aufgaben im deutschen Reiche sämtlich gelöst seien, vor der Hand andre als soziale und wirtschaftliche Aufgaben nicht vorlägen, die Parteien daher gar nichts andres sein könnten als Vertretungen von Klassen- und Standesinteressen. In den letzten Jahren jedoch sind aufs neue politische Fragen aufgetaucht. Die Reichsverfassung, insbesondere das Reichstagswahlrecht, ist von sehr angesehenen Politikern ernsthaft in Frage gestellt worden, die Büreaukratie und die Polizei haben im öffentlichen Leben ein Übergewicht gewonnen, das sich durch den Vorschlag charakterisiert, den man in einigen großen Städten gemacht hat, Vereine zum Schutze der Bürger gegen die Übergriffe der Polizei zu gründen, und die Strafrechtspflege droht zu einem Monopol der Staatsanwälte zu werden, die es in der Gewalt haben, anzuklagen, wen sie wollen, und entkommen zu lassen, wen sie nicht anklagen wollen, und die dann auch noch in der Verhandlung die Rolle des

Vorsitzenden übernehmen, sodaß sie Ankläger, Verfolger und Richter in einer Person sind. In letzter Zeit sind bei Anklagen einer gewissen Art, die von den Staatsanwälten mit Vorliebe erhoben zu werden pflegen, eine Anzahl von Freisprechungen erfolgt, und ein Staatsanwalt ist sogar wegen Beleidigung eines Redakteurs zu 50 Mark Geldstrafe verurteilt worden, was darauf schließen läßt, daß im Richterstande selbst eine sanfte Reaktion gegen die Allmacht der Staatsanwälte in Gang kommt. Was die Bevormundung der nicht uniformirten Unterthanen durch die uniformirten anlangt, so werden darüber täglich unglaublichere und dennoch wahre Geschichten berichtet. So z. B. kommen in einer rheinischen Stadt ein paar Stadtverordnete zusammen, um sich wegen Einberufung einer außerordentlichen Stadtverordnetenversammlung zu beraten; und diese Männer erhalten Strafmandate wegen Teilnahme an einer polizeilich nicht angemeldeten Versammlung! Man denke! Die Stadtverordnetenversammlung ist die eigentliche Regentin der Stadt, der Magistrat ihre Exekutive, die Polizei ein untergeordnetes Organ dieser Exekutive; und nun sollen sich die Mitglieder des Stadtverordnetenkollegiums bei Besprechung städtischer Angelegenheiten unter Polizeiaufsicht stellen lassen! Bis in Gebiete hinein, wie das Verkehrsweisen, wo das Publikum eine Leistung kauft, und die Anstalt, gleich einem Droschkenkutscher, weiter nichts ist als Verkäuferin dieser Leistung oder gedungne Arbeiterin, wird die Fiktion durchgeführt, als habe sich jeder nichtuniformirte Mensch von den uniformirten als Untergebener behandeln und beliebige Belästigungen gefallen zu lassen. So hat die jüngst in mehreren Staatsbahnbezirken durchgeführte Bahnsteigsperre, die an vielen Orten zur Bahnhofsperre wird, fürs Publikum vielfach unerträgliche Lagen geschaffen. Auf dem Breslauer Centralbahnhof z. B. kommt ein Trupp Landfrauen an mit Lasten auf dem Rücken. Sie wollen in den Wartesaal — gesperrt! Sie wollen sich Fahrkarten lösen — der Schalter ist geschlossen. Einen Nickel auf eine Bahnsteigkarte zu verschwenden, erlauben ihre Verhältnisse nicht. Sie lagern sich in der Halle, von da werden sie ausgewiesen. Sie lagern sich auf dem Platz vor dem Bahnhof — die Polizei verjagt sie. Kann man sich etwas unnützeres, unverständigeres, inhumaneres denken?*) Die unvermeidliche Wirkung dieses Zustandes ist eine durchs ganze Reich verbreitete Unzufriedenheit der untern und mittlern Klassen, und für die Politik ergibt sich daraus die Folgerung, daß das Gleichgewicht der oben bezeichneten beiden Grundkräfte zu Ungunsten des Liberalismus, wenn wir für die Sache der Kürze wegen die gebräuchliche Parteibezeichnung beibehalten wollen, gestört ist — in einem so augenfälligen Grade gestört, daß sogar der Hamburgische Korrespondent eine Reform des preussischen Vereins- und Versammlungsrechts im freiheitlichen Sinne für notwendig erklärt —, und daß man es demnach für seine Pflicht halten muß, eine wirklich liberale Partei, wosfern es eine solche giebt, zu unterstützen. Die Sozialdemokraten vertreten nun zwar, so lange sie sich im Zustande der Unterdrückung befinden, die Freiheit, aber sich ihnen anzuschließen, daran kann natürlich ein deutscher Patriot nicht denken. Dagegen ständen z. B. dem Anschluß an die Deutsche Volkspartei, die, von den süddeutschen Demokraten begründet, jetzt im Begriff steht, die Mainlinie zu überschreiten, weder patriotische noch sonstige Gewissensbedenken im Wege. Männern, die mit den Nationalliberalen nicht länger

*) Die beste Art der Kontrolle der Fahrkarten zu erfinden, überlassen wir den Sachleuten. Unser Laienaussicht nach ist sie längst erfunden und in der Schweiz eingeführt, wo die auch für die Reisenden höchst bequeme Einrichtung der Wagen die Kontrolle im Wagen selbst ermöglicht. Das vollkommenste würde sein, daß die Fahrkarten auch im Wagen gelöst würden, was zum Teil, mit Zuschlagskarten, in der Schweiz und in Oesterreich geschieht.

mitgehen und natürlich noch weniger Agrarier werden können, wird der Übergang zu dieser neuen Partei nicht so schwer fallen, wie ihnen der Anschluß an die „Freisinnigen“ fallen würde, die mit zu viel unangenehmen Traditionen und Persönlichkeiten behaftet sind. Freilich giebt es auch in der süddeutschen Volkspartei Persönlichkeiten, die einem sowohl preußischen als nationalliberalen Herzen unsympathisch sein müssen, aber in welcher Partei gäbe es nicht Personen, die aus irgend einem Grunde unsympathisch sind? Was uns selbst betrifft, so werden wir zwar nie unsere vorteilhafte Stellung außerhalb aller und über allen Parteien aufgeben, die uns die Möglichkeit giebt, jederzeit die Strömung — nicht die Partei — zu stärken, die gerade im Augenblick für das Gemeinwohl am notwendigsten und nützlichsten ist: in Zeiten erschlatterter Autorität für die Autorität, in Zeiten gefährdeter Freiheit für die Freiheit einzutreten. Aber wir wüßten Männern, die sich bei Wahlen nicht der Abstimmung enthalten wollen, die Fraktionen Kanitz und Stumm aber nicht unterstützen können, vor der Hand keinen bessern Ausweg anzuraten.

Es wäre gar nicht so unmöglich, daß auch die Antisemiten, deren Programm wir in Nr. 38 kritisiert haben, im Laufe der Zeit mit der Volkspartei gemeinsame Sache machten, obgleich diese von Semitengeruch nicht ganz frei ist. Denn in die Lage einer Kämpferin für Vereins- und Versammlungs-, Rede- und Pressefreiheit wird sich die Antisemitenpartei je länger desto mehr gedrängt sehen, auch hat man schon sonderbarere Parteibündnisse erlebt. In Wien pflegen die kleinen Juden antisemitisch zu wählen, weil ihr Interesse mit dem des Kleingewerbestandes, nicht mit dem der jüdischen und arischen Verwaltungsräte zusammenfällt, und wir im Reiche können Konstellationen, die schon so oft dagewesen sind, in Zukunft wiederkehren sehen. Lassen wir den Evangelischen Bund einen neuen Kulturkampf zuwege bringen, so wird sich die Germania, die es im Eifer für Ordnung und Autorität beinahe der Schlesischen Zeitung zuvorthut, in eine glühende Vorkämpferin der Volksfreiheit zurückverwandeln, und lassen wir es dem Staate einfallen, die Schule statt auf dem Verwaltungswege, wie es jetzt geschieht, auf dem Wege der Gesetzgebung der Kirche auszuliefern, so werden wir wiederum Bennigsen Arm in Arm mit den verachteten Eugen Richter und Levison an der Spitze der großen liberalen Partei einhermarschieren sehen.

Etwas vom Börsenspiel. Die Korrespondenz des Bundes der Landwirte teilt in Nr. 81 ein Schreiben über den Fall Cohn und Rosenberg mit, das ihrer Auffassung Recht giebt, und das deswegen von Gewicht ist, weil sein Verfasser ein alter Fachmann ist, Charles W. Smith, der dreißig Jahre Makler an der Getreidebörse in Liverpool war und jetzt „seine Lebensaufgabe darin erblickt, die öffentliche Meinung über den vernichtenden Einfluß aufzuklären, den das Differenzspiel an der Börse ausübt.“ Unglücklicherweise hat Herr Smith nicht die Gabe, das, was ihm selbst ohne Zweifel ganz klar ist, auch andern klar zu machen, und so verstehen wir denn selbst nach mehrmaligem Durchstudiren seines Schreibens immer noch nicht, 1. wie die Baissiers durch absichtliche Überfüllung des Getreidemarktes und bei anhaltend niedrigen Preisen gewinnen können, 2. wie es ihnen möglich ist, die Getreidepreise durch künstliche Mittel niedrig zu halten, während der Zustand des Marktes einen höhern Preis fordert. In Beziehung auf das erste sagt Smith: wenn der Spekulant Getreide zum Zwecke des Preisdrucks auf den Markt zieht, so steht allerdings „dem Gewinn im Differenzspiel ein Verlust an der wirklichen Ware gegenüber. Aber das ganze schließt deshalb vorteilhaft für ihn ab, weil der Gewinn aus z. B. 20 000 Tonnen Papierweizen gezogen

wird, die gefixt würden [wurden?], während der Verlust nur aus — sage tausend Tonnen wirklichem Weizen resultirt, die im geeigneten Moment auf den Markt geworfen wurden, um durch ihren Verkauf unter den Selbstkosten die Preisnotirungen gewaltsam herabzuziehen.“ Das wäre vollkommen klar, wenn der Preisdruck nur kurze Zeit anhielte, wie das auf der Effektenbörse so oft geschieht, wo der Preis durch Alarmanrichten so lange niedrig gehalten wird, bis die mächtigen Leute, die das Geschäft machen, die billigen Papiere aufgekauft haben, entweder um sie dann, wenn der Kurs in seine normale Höhe zurückgeschellt ist, mit Gewinn zu verkaufen, oder um sie zu behalten und sich so von billig gekauften Kapitalien einen hohen Zinsgenuß zu verschaffen. Der Vergleich stimmt nicht ganz, weil ja solche Leute gar keinen Verlust haben; doch kann man ihn völlig passend machen durch die Annahme, daß sie die Wirkung der Alarmanrichten durch Verkäufe, bei denen sie vorläufig verlieren, unterstützen; selbstverständlich kann ein solches Manöver zugleich von einem Differenzspiel begleitet sein, in dem große Summen an Papieren gewonnen werden, die man weder besessen hat noch erwirbt. Aber wo soll auf der Getreidebörse der Gewinn herkommen, wenn die Preise niedrig bleiben? Auch der Baissier kann doch nur dann eine Differenz gewinnen, wenn er seinen Papierweizen teurer verkauft, als er ihn gekauft hat, er muß also so gut wie der Haussier Preisschwankungen wünschen, und er heißt nur darum Baissier, weil er zu der Zeit, wo er auf einen spätern Termin verkaufte, dies in der Erwartung that, die Preise würden vor diesem Termin so tief stehen, daß er noch billiger werde einkaufen können, als er zu verkaufen gedenkt, und weil er, wenn er kann, diesen vorübergehenden Preisfall künstlich erzeugt. Also wie der Baissier gewinnen kann, wenn die Preise niedrig bleiben, das verstehen wir immer noch nicht, und auch alle folgenden Auseinandersetzungen Smiths machen es nicht klarer, darum bitten wir börsenverständige Leser der Grenzboten, es uns endlich einmal zu erklären.

Dem daß die Spieler das Getreide seit 1882 dauernd billig zu machen, den Preis immer tiefer zu drücken mit Erfolg bestrebt gewesen seien und dadurch den Getreideproduzenten Milliarden geraubt hätten, das eben macht ihnen auch Smith zum Vorwurf, und da steckt nun die zweite Unbegreiflichkeit. Smith erklärt mit unsern Agrariern die Getreidebaissie für künstlich erzeugt, also muß er der Ansicht sein, daß sie der wirklichen Lage des Marktes nicht entspreche. Was heißt das? Das heißt, der Weltmarkt ist nicht in dem Maße mit Getreide versorgt, daß dadurch ein niedriger Getreidepreis gerechtfertigt wäre. Wenn aber der Weltmarkt nicht überfüllt, vielleicht nicht einmal hinlänglich versorgt ist, dann muß es wenigstens an einem Orte der Erde, weit wahrscheinlicher aber an vielen Orten, an Getreide fehlen; die Mühlen dieser Orte müssen nicht imstande sein, ihren Bedarf zu decken, sie müssen höhere Preise bieten, um aus besser versorgten Gegenden Getreide heranzuziehen, und diese lebhafte Nachfrage müßte den Preis auf dem Weltmarkte erhöhen. Tritt aber diese Wirkung nicht ein, so darf man daraus doch wohl schließen, daß die Menschheit bis zur nächsten Ernte hinreichend mit Getreide versehen ist, und wie soll Spekulation dazu notwendig sein, den Preis einer im Überfluß vorhandenen Ware zu drücken? Daß Spekulation dazu nötig sein würde, ihn zu heben, versteht jedermann. Auch über diesen Punkt erbitten wir uns Aufklärung von den Börsenverständigen. Es wäre uns ja sehr lieb, wenn wir das uns höchst unsympathische Spiel an der Getreidebörse bekämpfen könnten, nicht bloß seiner Immoralität wegen, sondern auch als eine Schädigung der Landwirtschaft. Aber so lange das Börsenspiel der Landwirtschaft gegenüber nichts andres

verbricht, als daß es den natürlichen Getreidepreis verwirklichen hilft, kann es gerade aus diesem Grunde nicht bekämpft werden.

Die Sedanfeier in Straßburg. Mit sehr gemischten Gefühlen hat gewiß mancher deutschgesinnte Elsäßer die unter dem obigen Titel im 39. Hefte der Grenzboten eingerückten „patriotischen“ Ergüsse eines „Straßburger Studenten“ gelesen. Ganz in demselben Tone könnte man an Kaisers Geburtstag über Berlin, des deutschen Reichs glorreiche Residenz, schreiben, sobald man sich nämlich aus dem Illuminationsviertel in die bescheidenern Stadtteile begiebt. Man sehe sich aber an diesem Tage einmal Straßburg an! Es würde unbestritten über Berlin den Preis davonzutragen. Doch zur Sache.

Warum nehmen die neuelsässischen Kreise, warum nimmt die Regierung Abstand von einer möglichst lauten und glänzenden Kundgebung am Sedantage? Weil die besondere Lage des Elsaßes die prunkende Feier des Krieges, in dem das Land anfangs der Schauplatz der Schlachten war, zuletzt die Beute des Siegers geworden ist, weder menschlich angemessen noch politisch klug erscheinen läßt. Wird etwa in Hannover der Jahrestag der Annexion durch Preußen nach Art des Sedantags gefeiert? Eine Feier des 18. Januar würde im Elsaß Verständnis finden, die Feier des Sedantages, die doch dem Wortlaut nach vor allem eine Kriegs- und Siegesfeier ist — an diesen Wortlaut hält sich nun einmal der Elsäßer —, ist aber vorzüglich dazu geeignet, die Erinnerung an Vergangnes wachzurufen und die Freudigkeit an den Aufgaben der Gegenwart zu trüben. Ist es dem einem einsichtigen Bewohner Altdeutschlands unbegreiflich, daß es sich bei der Neugewinnung des Elsaß für deutsches Fühlen und Denken darum handelt, alte Überlieferungen zu brechen und neue Ideale zu pflanzen, daß aber die Macht der Überlieferung nur unter dem Einfluß der alles vernichtenden Zeit gebrochen, durch Kriegs- und Sieges-, ja sogar durch Friedensfeiern nur gestärkt wird? Am 1. September 1870 war Straßburg eine belagerte Stadt, still, ernst und würdig wurde in seinen Mauern dieser Gedenktag gefeiert; war aber diese Stimmung in Einklang zu bringen mit den Freudenklangen und Jubeltönen, die am Sedantage das Herz jedes Deutschen, der den großen Krieg als Deutscher mitgemacht hat, erfüllen mußten? Man pflegt gerade dies gern zu vergessen, daß Elsaß ein französisches Land war, als der Krieg mit Frankreich geführt wurde.

Professor Ziegler in Straßburg, dessen nationale Gesinnung wohl hoch über den Zweifel erhaben ist, mit dem man hier und da deutschgesinnten Elsäßern begegnet, hat anders geurteilt, als der „Straßburger Student,“ indem er am Tage der Übergabe Straßburgs, am 28. September, Aufhebung des Ausnahmezustandes forderte, in dem sich nach fünfundzwanzig Jahren noch Elsaß-Lothringen befindet, um besonders Frankreich das Recht zu nehmen, von der elsäß-lothringischen Frage und den Brüdern dans le pays annexé zu reden. Auf solche Worte möchte ich im Interesse meines Heimatlandes die Leser der Grenzboten, denen ein gemachter Hurrapatritismus gewiß ein Greuel ist, hinweisen. Wenn uns unsre Freunde jenseits des Rheins in solcher Gesinnung beistehen, werden wir an unserm Teile nicht aufhören, unsre Pflicht zu thun und unsre politische Thätigkeit im Reichsland allezeit unter den Gesichtspunkt „deutscher Reichsarbeit“ zu stellen.

Straßburg

G. W.

Für die Redaktion verantwortlich: Johannes Grunow in Leipzig
Verlag von Fr. Wih. Grunow in Leipzig. — Druck von Carl Marquart in Leipzig